



Die **PARTEI**



+

DIE LINKE. =
Göttingen/Osterode



Das erste Jahr Zusammenarbeit

ein Bericht 2016 / 2017



Die Gruppenabgeordneten im Göttinger Kreistag:

Fraktion Die LINKE:

Dr. Eckhard Fascher
Andreas Gemmeke
Konrad Kelm

Fraktion P2+:

Dr. Mohan K. Ramaswamy, PIRATEN
Rieke Wolters, Die PARTEI
Hans-Georg Schwedhelm, parteilos

Näheres unter:

www.linke-piraten-partei.de

Impressum:

ViSdP: E. Fascher, M. K. Ramaswamy,
Redaktion: David Fuchs
Reinhäuser Landstr. 4, 37083 Göttingen
Gestaltung: SCITEM Wissenschaftsagentur GmbH
Druck: AktivDruck & Verlag GmbH

Inhalt

- Reinigungskräfte endlich wieder nach EG 2 eingruppiert
- Trauerspiel um die Kosten der Unterkunft
Und wie sieht es aktuell aus?
- Debatte über Afghanistan-Abschiebungen abgelehnt
- Hartz IV Optionskommune Landkreis Göttingen:
nur Druck im Angebot
- Neue Gesamtschulen - von Rot-Grün nicht gewollt
- Grohnde-Resolution mit großer Mehrheit verabschiedet
- Demographischer Wandel - Landkreis muss aktiv werden
- Kreisgruppe unterstützt den Aufruf zum Bürger*asyl in
Göttingen
- Erreicht! Haushaltsansätze für Frauenförderung
und Mädchenprojekte endlich ausreichend
- Riesen Möbelmarkt - Nein Danke!
- Zuschuss für Ausstellung „Auf der Spur europäischer
Zwangsarbeit“ - ein Dauerkonflikt
- Lernort für Erinnerung und Demokratie
- Historischer Ort - Erinnerung
- Aktuelle Entwicklungen - Demokratie
- Bürgerhaushalt 2019 -
im nächsten Jahr soll es anders laufen
- Es gibt keinen falschen Zeitpunkt für Humanität



Anders als in vielen anderen Verwaltungen beispielsweise auch in der Stadt Göttingen werden vor allem die Verwaltungsgebäude noch nicht von Fremdfirmen gereinigt. Seit 2010 wurden die neu eingestellten Reinigungskräfte des Landkreises nach der niedrigsten Entgeltgruppe (EG) 1 bezahlt, während die länger Beschäftigten nach EG 2 eingruppiert

Reinigungskräfte endlich wieder nach EG 2 eingruppiert

wurden. Mit dieser Maßnahme sollte Geld eingespart werden, da im Vergleich zu anderen Landkreisen die Reinigungskosten als zu hoch angesehen wurden. Personalrat und Gewerkschaften verkaufte man dies als Alternative zur Privatisierung. Diese Praxis war in der letzten Wahlperiode immer wieder von der Partei DIE LINKE kritisiert worden. Auch in dieser Wahlperiode hatte unsere Kreistagsgruppe bei den Beratungen zum Haushalt 2017 die Höhergruppierung der Reinigungskräfte gefordert. Gefreut hat daher unsere Kreistagsgruppe, dass im Juni die Verwaltung nach einer Überprüfung der Eingruppierung in Zukunft wieder sämtliche rund 45 Reinigungskräfte rückwirkend zum Jahresbeginn dieses Jahres nach EG II bezahlen will. Dies ist ein Stück Gerechtigkeit für diese hart arbeitenden Frauen. ●

Ein Trauerspiel ist die Geschichte um die Kosten der Unterkunft, kurz KdU, also die Erstattung der Mietkosten für Hartz-IV-Empfänger. Seitdem der Landkreis Göttingen als so genannte Optionskommune die Durchführung von Hartz IV selbst übernommen hat, wird um die Höhe der KdU gestritten. Hier kann nämlich der Landkreis Geld einsparen, weil er, anders als beim Regelsatz,

Das Trauerspiel um die Kosten der Unterkunft

selbst für den größten Teil der Kosten der Unterkunft aufkommen muss. Bereits mehrfach wurden, um die „angemessene“ Höhe der KdU feststellen zu können, als „schlüssige Konzepte“ bezeichnete Gutachten in Auftrag gegeben, die dann regelmäßig durch die Sozialgerichte als unschlüssig verworfen wurden. So wurde zuletzt das im März 2013 in Auftrag gegebene Gutachten der Firma A+K in diversen Hauptsacheverfahren im Februar und März 2017 durch das Sozialgericht Hildesheim als nicht schlüssig im Sinne der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts angesehen. Bei der Präsentation des Gutachtens hatte es Kopfschütteln gegeben, da dieses bar jeder Realität von leicht gesunkenen Mieten ausgegangen ist und auch noch Göttingen mit Bovenden und Rosdorf in den Kosten gleichgesetzt wurde.

Das Sozialgericht hatte den Landkreis Göttingen dazu aufgefordert, die Mietkosten bis zur Höhe des Wertes der Wohngeldtabelle mit einem Sicherheitsaufschlag von zehn Prozent zu erstatten. Der Antrag unserer Gruppe LINKE PIRATEN PARTEI +, genau dies umzusetzen, wurde in der Kreistagssitzung vom März 2017 abgelehnt. Immerhin wird diese Praxis von der Hälfte aller Optionskommunen angewendet, die sich damit, anders als der Landkreis, umstrittene Gutachten und ständige Verfahren vor dem Sozialgericht sparen und damit auch Rechtssicherheit für die Betroffenen herstellen.

Übrigens: Ein Unterschied zwischen der Praxis unter einem CDU-Landrat mit CDU-Sozialdezernenten und einem SPD-Landrat mit SPD-Sozialdezernenten ist nicht sichtbar. Wie sich auch beide Fraktionen und die Grünen im Kreistag einig sind, wenn es um die Umsetzung der KdU geht. Bereits im Jahre 2010 - damals war die Verwaltungsspitze noch CDU-dominiert - war das damals angewendete Gutachten der Firma F+B verworfen worden. Man will eben möglichst wenig Geld ausgeben. ●



Im Sozialausschuss vom 16.8.2017 wurde ein neues „schlüssiges“ Konzept vorgestellt, das seit dem 1.9. angewendet wird. Anders als bisher wird eine Beschlussfassung durch den Kreistag als nicht mehr notwendig, sondern als laufendes Geschäft der Verwaltung betrachtet. Auch das ausführliche Konzept

und die verwendeten Daten liegen den Kreistagsabgeordneten nicht vor. Offensichtlich fürchtet sich die Verwaltung vor einer kritischen Diskussion wie bei den bisherigen Konzepten. Das neue Konzept sieht deutliche Verbesserungen, insbesondere in der Stadt Göttingen, vor, wobei vor allem kleine Haushalte profitieren. In Rosdorf und Bovenden, die nicht mehr mit Göttingen zusammengefasst werden, gibt es bei einzelnen Haushaltsgruppen allerdings auch Verschlechterungen, ähnlich in Münden. Auch dieses neue Konzept bleibt zum Teil deutlich unter der von uns geforderten Regelung, die Wohngeldtabelle plus zehn Prozent anzuwenden.

Abzuwarten bleiben die Auswirkungen für die Betroffenen und die Meinung von Experten zur Schlüssigkeit des Konzeptes. Die Kreistagsgruppe wird gegebenenfalls im kommenden Jahr einen Antrag zur Anwendung der Wohngeldtabelle stellen. ●

Auf mehrheitliche Empfehlung des Kreis-

schusses wurde unser Antrag auf Verabschiedung einer Resolution gegen Abschiebungen nach Afghanistan von der Tagesordnung genommen. Gewisse Vorbehalte waren schon bei der Einbringung der Resolution im April deutlich. Doch hat der Grünen-Abgeordnete Dietmar Linne deutlich gemacht, dass ein Signal gegen die menschenverachtende Asylpolitik der Bundesregierung angebracht wäre. Nichts von dieser zustimmenden Ein-

Und wie sieht es aktuell aus?

Bereits die Debatte über Afghanistan-Abschiebungen abgelehnt.

eines erbitterten Krieges.

schätzung mehr im Kreisausschuss und in der Kreistagssitzung. Doch wir waren und sind weiterhin der Meinung, dass eine Diskussion im Kreistag notwendig wäre, und zwar aus folgenden Gründen:

1. hier im Landkreis Göttingen leben Menschen aus Afghanistan, die es unmittelbar betreffen kann - im Übrigen geht nächste Woche wieder ein Abschiebe-Flieger nach Afghanistan.
2. Als Landkreis sind wir im Rahmen des Abschiebe-Verfahrens unmittelbar einbezogen und aktiv tätig.
3. Es gibt im Landkreis eine Menge Menschen, die politisch von uns - von ihren Abgeordneten - eine Position erwarten.

Eine Resolution ist eine auf einem Beschluss beruhende Erklärung, in der bestimmte Forderungen erhoben werden.

Warum sollten wir uns als Kreistag also einer Forderung enthalten?

Wir als Landkreis können (wie wir es in anderen Fällen ja auch schon gemacht haben) Forderungen erheben, auch wenn sie nicht unmittelbar in unserem juristischen Zuständigkeitsbereich liegen. Das ist Aufgabe der Politik und der politischen Gremien. Menschen erwarten unsere Position. Das Thema ist aktuell und brisant, es hätte JETZT behandelt werden müssen und nicht irgendwann. Denn wir sagen zu den Menschen, die hierherkommen: Flüchtlinge oder Geflüchtete, als ob das eine freie Entscheidung gewesen wäre. Es sind im wahren Wortsinne Überlebende

Wir sollten sie wie Überlebende auch willkommen heißen.

Welcome Survivors!

PS:

Die ungehaltene Rede von Mohan ist hier dokumentiert: <https://mkr.itrichter.de/2017/06/21/afghanistan/>





Unsere Gruppe lehnt Hartz IV ab und fordert dessen Überwindung. Dies lässt sich aber nur auf Bundesebene erreichen. Als Kreistagsabgeordnete setzen wir uns für eine möglichst humane und gerechte Behandlung der Betroffenen ein. Das bedeutet eine ausreichende Erstattung der Mietkosten, die Vermeidung und von Sanktionen für die Betroffenen.

Hartz-IV-Optionskommune Landkreis Göttingen: Nur Druck im Angebot

Als Optionskommune hat der Landkreis den Betroffenen kaum mehr etwas Positives anzubieten. Geförderte entlohnte Beschäftigung, nämlich ABM-Stellen, gibt es seit 2012 nicht mehr. Auch für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist immer weniger Geld da. Ursprünglich sollten mehr Mittel für die Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen als für Verwaltungskosten von Hartz IV aufgewendet werden, mittlerweile sind im kommenden Haushaltsjahr die Verwaltungskosten etwa viermal so hoch wie die Eingliederungsmittel. Auch wenn es sich dabei um Zuschüsse und Gesetze des Bundes handelt, die hier von der Optionskommune Landkreis Göttingen ausgeführt werden, fehlt bei der Kreisverwaltung jegliche Strategie, wie mit diesen Problemen umgegangen werden soll. Außer einer Verstärkung des Drucks hat diese den Betroffenen nämlich nichts mehr anzubieten. Gefangen in ihrer neoliberalen Ideologie glauben die Hartz-IV-Parteien auch im Landkreis, dass die Betroffenen selbst an ihrem Schicksal schuld sind und sie einfach zu faul und zu träge sind, um eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Unsere Gruppe setzt sich dagegen für eine ausreichende Finanzierung der unabhängigen Beratungsstellen ein, damit die Betroffenen wenigstens ihre Rechte wahrnehmen können.

Da für viele Erwerbslose der erste Arbeitsmarkt keine Perspektive bietet, benötigen sie öffentlich geförderte Beschäftigung zu normalen tariflichen Bedingungen, um nicht in der Erwerbslosigkeit verharren. Andererseits gibt es viele Tätigkeiten im sozialen, kulturellen oder ökologischen Bereich, die notwendig, aber nicht über den Markt finanzierbar sind und die ehrenamtlich nur unzureichend erledigt werden können. Einen solchen

öffentlichen
Beschäftigungssektor

gibt es dagegen nur in den Bundesländern mit Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE.

Um hier Abhilfe zu schaffen, hat unsere Gruppe einen Antrag zur Prüfung der Möglichkeit der Einführung eines solchen Programms mit hundert geförderten Arbeitsplätzen auf Kreisebene in der September-Sitzung des Kreistages gestellt. Wie nicht anders zu erwarten, wurde dies von den übrigen Parteien mit teilweise sehr polemischen Argumenten zurückgewiesen. ●

Ein Ziel unserer Kreistagsgruppe ist die Durchsetzung der Integrierten Gesamtschule als Regelschule. Betrachtet man die Schullandschaft des Landkreises Göttingen zeigt sich bei den allgemeinbildenden weiterführenden Schulen eine deutliche Zweiteilung: In der Stadt Göttingen (diese ist in Göttingen auch für die weiterführenden Schulen ein eigener Schulträger) existieren drei Gesamtschulen und fünf Gymnasien. Haupt- und Realschulen können seit 2015 nicht mehr angewählt werden. Einer Vereinbarung des Landkreises mit der Stadt Göttingen entsprechend, können die Schüler aus den Göttinger Umland, einschließlich der Samtgemeinden Dransfeld und Radolfshausen, diese Schulen in der Stadt Göttingen besu-



chen. Im Gegenzug können Göttinger Schüler die IGS Bovenden und die „Oberschulen“ in Groß-Schneen und Dransfeld besuchen. Wer aber im Raum Münden, im Eichsfeld oder im Altkreis Osterode lebt kann sein Kind nicht auf eine öffentliche Gesamtschule schicken, die gibt es dort nicht. Mehrere Versuche der Partei DIE LINKE in der letzten Wahlperiode in Hann. Münden und Dransfeld IGS durchzusetzen scheiterten.

Es existiert aber noch eine einzige IGS außerhalb Göttingens und seines Umlan-

des, aber nicht in öffentlicher, sondern in katholischer Trägerschaft. Das Bistum Hildesheim hatte aber im Februar erklärt, die Trägerschaft seiner IGS Duderstadt abgeben zu wollen. Dabei wollte es eine Übernahme durch den Landkreis als neuen Träger erreichen. Dies wurde von Seiten der Verwaltungsspitze und der in der Regel die Verwaltung stützenden Parteien SPD, CDU, Grüne und FWLG abgelehnt. Nur unsere Kreistags-Gruppe LINKE PIRATEN PARTEI + und ausgerechnet die FDP haben die sehr aktive Elterninitiative um den Erhalt ihrer Schule unterstützt. Die Elterninitiative hatte immerhin 3.300 Unterschriften für eine IGS in Duderstadt gesammelt.

Bei der Kreistagssitzung im April waren aber die Anträge unserer Gruppe und der FDP zu einer Übernahme bzw. Neugründung einer IGS in Duderstadt an der Kreistagsmehrheit gescheitert.

Aufgrund unseres politischen Drucks sieht sich die Verwaltung sowie die Mehrheit aus SPD, Grünen und Freien Wählern genötigt, eine kreisweite Elternbefragung zu den Schulformen durchzuführen. Nachdem dies ursprünglich in dem sehr schwammig formulierten Antrag nicht enthalten

war, wurde immerhin insoweit nachgebessert, dass ein Schulentwicklungsplan erstellt werden soll. Anders als in anderen Kreisen oder kreisfreien Städten gibt es im Landkreis keine verbindliche Schulentwicklungsplanung. Offensichtlich hatte man das bisher nicht für nötig gehalten, da man außerhalb Göttingens und seines direkten Umlands am dreigliedrigen Schulsystem festhalten will.

Die Befragung der Eltern von 6.000 Grundschulern im Kreisgebiet wurde dann am 14. September im Schulausschuss beschlossen. Die Eltern werden dabei nach der gewünschten Schulform

und Schulabschluss gefragt. Gleichzeitig wird in sieben nach dem Wohnort unterschiedlichen Fragebögen nach der Präferenz für eine bestimmte bestehende Schule gefragt. Problematisch dabei: In den Bereichen Altkreis Osterode, Münden und Duderstadt existiert keine (öffentliche) IGS, die kirchliche IGS in Duderstadt wurde nicht aufgeführt. Es besteht so die Gefahr, dass Eltern auch bei der Wunschschulform nur eine der in ihrem Gebiet bestehenden Schulformen ankreuzen. Die Elternbefragung soll als Grundlage für die spätere Schulentwicklungsplanung dienen.

Zwischen dem 23. Oktober und dem 1. Dezember sollten die Fragebögen verschickt und ausgefüllt zurückgesendet werden. Dies ist vor allem für die bestehende kirchliche IGS in Duderstadt zu spät, da das Land Niedersachsen bei entsprechendem Elternwunsch eine IGS in Duderstadt vor Schuljahresbeginn 2019 kaum mehr genehmigen kann. Die Schulträgerschaft der katholischen Kirche läuft aber bereits im kommenden Jahr aus. Im Vorfeld hatte die Elterninitiative für die IGS Duderstadt heftige Kritik an Zeitplan und Fragebögen geübt.

Neue Gesamtschulen? Von Rot-Grün nicht gewollt!



Aus diesem Grund hat auch unsere Gruppe die Elternbefragung in dieser Form abgelehnt. Ob die Elternbefragung Veränderungen der Schullandschaft in irgendeiner Form bewirken wird, ist eher unwahrscheinlich. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Broschüre ist das Ergebnis der Elternbefragung noch nicht bekannt.

Einen Beschluss von SPD, CDU, Grünen und Freien Wählern aufgrund räumlicher Probleme für die KGS Bad Lauterberg eine Aufnahmebeschränkung vorzusehen, wird von uns aufgrund fehlender Alternativen abgelehnt. Wir werden uns jedenfalls auch in Zukunft für (neue) Integrierte Gesamtschulen stark machen. ●

Am 31. Jahrestag des Unglücks von Tschernobyl

brachten wir eine Resolution ein, dieser Kreistag möge sich aktiv dafür einsetzen, das unsichere, störungsanfällige Kernkraftwerk in Grohnde endgültig vom Netz zu nehmen.

In der Begründungsrede hieß es:

„[...] dass im Kernkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine ein sogenannter GAU geschah. Durch einen Fehler in den Betriebsabläufen. Die nicht mehr zu handhaben waren.

Die Radioaktivität stieg hier bei uns in Niedersachsen in wenigen Tagen auf das 1000-fache des sogenannten Normalwertes. Dieser Normalwert setzt sich aus den Resten der Atomtests in den 60iger-Jahren des letzten Jahrhunderts und der Belastung durch den Normalbetrieb der Atomkraftwerke zusammen. Die natürliche Strahlung der Atmosphäre wird dabei nicht berücksichtigt.“

Grohnde Resolution mit großer Mehrheit verabschiedet

SPD und Grüne und FDP pflichteten bei, dass so etwas nie mehr geschehen sollte und Grohnde als eines der ältesten Kraftwerke eine latente Gefahr darstelle. Die weitere Beratung fand dann im Umweltausschuss statt, wo die Argumente intensiv ausgetauscht wurden. Einig die CDU meinte, dass wir ruhig 4 Jahre mit der Gefahr leben könnten, denn die Techniker hätten schon alles im Griff.

Doch 2014 wurden nach erfolgter Revision, kurz vor dem Anfahren, Schäden entdeckt, die mit Flickschusterei in Stand gesetzt wurden. Die Göttinger Anti-Atom-Initiative deckte das damals auf. Stefan Wenzel, schon Umweltminister, teilte uns damals mit, dass der Druck aus der Wirtschaft so hoch gewesen sei, dass er die damals technisch notwendige Stilllegung nicht anordnete.

Die Argumente für eine möglichst frühere

Stilllegung überwogen und so ging die Empfehlung an den Kreisausschuss und Kreistag dem Antrag zuzustimmen. So kam es dann auch im Kreisausschuss, dass die Mehrheitsgruppe und unsere Kreistagsgruppe dafür stimmten - wiederum stimmte die CDU dagegen.

Das hielt sich auch in der Kreistagssitzung: CDU dagegen alle anderen dafür.

Das Ergebnis ist gut, denn nun hat die Kreistagsversammlung mit Mehrheit den Grüne-Umweltminister Stefan Wenzel und die SPD-Bundesumweltministerin Barbara Hendricks aufgefordert alles zu tun, um eine sofortige Stilllegung des maroden Kraftwerkes Grohnde umzusetzen, wie es Umweltverbände schon seit langem fordern. ●



Der Kreistag Göttingen hat in seiner Sitzung am 21.06.2017 den Antrag der Gruppe Die LINKE PIRATEN PARTEI + mit dem Titel „Demografischen Wandel gestalten“ abgelehnt. Das Thema „demografischer Wandel“ gehört zu den wichtigsten Themen in den nächsten Jahren. Die Region ist geprägt von der wachsenden jungen Stadt Göttingen und einem ländlichen Bereich, in dem die Bevölkerung schrumpft und überaltert

Demografischer Wandel - Landkreis muss aktiv werden

ist. Die Mehrheit der Einwohner des Landkreises Göttingen leben im ländlichen Raum.

Das Verhalten der anderen Fraktionen ist schon merkwürdig. In den Wahlprogrammen der SPD und Bündnis90/Die Grünen wird gerade das gefordert, was unsere Gruppe jetzt eingebracht hat. Wenn es um Dorfläden, Umnutzung von öffentlichen Gebäuden zu Tagespflegeeinrichtungen oder wenn es um die Nutzung von Flächen in den Ortskernen für Wohnbebauungen geht, sollte der Landkreis die Gemeinden und Städte unterstützen. Unser Antrag wollte ein Förderprogramm für junge Familien, die alte Gebäude kaufen, anschieben. Derzeit wird in den Dörfern eher eine Forderung nach Neubaugebieten erhoben. Ortskerne veröden weiter und an den Dorfrändern werden „schicke Neubaugebiete“ erschlossen.

Dieser Entwicklung wollten wir mit unserem Antrag entgegenwirken. Bei Punkten, die von CDU oder unserer Gruppe eingebracht werden, kommt häufig das Argument von SPD/GRÜNEN/FWG, dass der Landkreis Göttingen hierfür kein Geld hat. Aus den Haushaltsjahren 2014 bis 2016 gibt es einen Überschuss von ca. 17 Millionen Euro. Über die Verwendung dieses Geldes ist noch nicht entschieden. Es ist also Geld zur politischen Gestaltung da, wenn man will.

Unsere Einschätzung ist, dass ein ähnlicher Antrag, nur mit einem anderen Briefkopf, in dieser Wahlperiode noch eingebracht wird. ●

Seit Januar 2016 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Asylanträge von rund 400.000 Menschen abgelehnt, Die meisten Betroffenen kommen aus Afghanistan. Doch Afghanistan ist nicht sicher. Die Kämpfe halten an, der Terror geht weiter. Tatsächlich schiebt die niedersächsische Landesregierung aufgrund gelebter Solidarität in der Willkommenskultur und der Proteste Geflüchteter bisher (noch!) nicht nach Afghanistan ab (Stand Nov. 2017). Aber bundesweit fliegen bereits Abschiebeflugzeuge.

Mit dem “Dublin-Verfahren” wird Geflüchteten die freie Wohnsitznahme in der EU verweigert. Ausschließlich das Land, welches als erstes in Europa betreten wurde, soll für die Aufnahme eines Geflüchteten zuständig sein. Damit ist Deutschland, im Inneren Europas, ohne eigene südliche

Kreisgruppe unterstützt den Aufruf zum Bürger*asyl in Göttingen

Meeresgrenzen, deutlich im Vorteil. Fast jeder Flüchtling muss durch ein Land an den europäischen Außengrenzen, bevor er nach Deutschland kommt.

In der Initiative Bürger*asyl findet Jede*r ihren/seinen Platz und trägt zu einer Gesellschaft bei, die Geflüchtete Willkommen heißt. Denn diese Initiative ist nicht geheim. Sie ist so offen wie unsere Gesellschaft und ihr Sinn und Zweck ist politisch. Neben dem unmittelbaren Schutz der Betroffenen liegt er darin, ein klares Zeichen zu setzen: wir Menschen in Göttingen und Umgebung sind nicht einverstanden mit den migrationspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung. Wir fordern eine menschliche Flüchtlingspolitik. ●



Der 21. März wird ein Tag sein um sich zu freuen. Denn an diesem Tag wird im Fachausschuss das erste Mal ein auskömmlicher Ansatz der im Haushalt festgelegten Gelder für Beratungsstellen für Frauen und Mädchen beraten. So ist es nun möglich, dass die Beratungsstellen die von ihnen benötigten und beantragten Mittel auch in voller Höhe erhalten können.

Erreicht! Haushaltsansätze für Frauenförderung und Mädchenprojekte endlich ausreichend

In den letzten beiden Wahlperioden hatte sich DIE LINKE im Kreistag bei den jährlichen Haushaltsberatungen für auskömmliche Ansätze für die Beratungsstellen vergeblich eingesetzt. Dabei ist die Arbeit dieser Stellen immens wichtig. Sie kümmern sich um Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind, sich in anderen Notsituationen befinden oder ungewollt schwanger werden. Ein wichtiges Thema ist dabei die Gewaltprävention.

Diese gesellschaftlich so wichtige und notwendig Arbeit ist in den vergangenen Jahren zu oft vom Rotstift betroffen gewesen. Dieser darf hier niemals angesetzt werden. Somit können wir erfreut feststellen: ein wichtiges Ziel unserer Gruppenvereinbarung wurde somit umgesetzt. ●

Auf Beschluss des Rates der Stadt soll in Göttingen westlich der A 7 ein großflächiger Möbelmarkt gebaut werden. Dabei soll die Gesamtfläche des Marktes 25.000 qm betragen, wovon eine Fläche von 2.500 qm für Produkte vorgesehen sind, die auch in der Göttinger Innenstadt angeboten werden. Sogenanntes Innenstadtrelevantes Randsortiment. Hinter dieser Investition steckt Dr. H. R. Kurth. Kennt ihr nicht? Kennt ihr sicher! Seine bekannteste Immobilie in Göttingen ist der Kaufpark in Grone. Herr Dr. Kurth hat es geschafft gegen jede planerische Vernunft, die SPD und die GRÜNEN im Rat der Stadt Göttingen von seinem Vorhaben zu überzeugen. So hat der Rat der Stadt Göttingen in seiner Sitzung am 18. August gegen die Stimmen der PIRATEN, Die PARTEI, Die LINKE, CDU und FDP beschlossen, dass die Planung in die nächste Runde gehen wird. Der Initiator und das Mastermind des Möbelmarktes, Herr Dr. Kurth, will den Laden aber nicht selber schmeißen, sondern er sucht sich einen Partner. Diskutiert wurden dabei Anbieter wie XXXLutz-Möbelmärkte.

Riesen-Möbelmarkt? Nein Danke!

Dessen Märkte zeichnen sich vor allem durch besonders schlechte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten aus (Die Arbeitsbedingungen werden zum Beispiel in diesem Artikel vom Stern dargestellt).

Dieser Markt wird die Kaufkraft in der Göttinger Innenstadt empfindlich schwächen. Bei den Möbelmärkten in Göttingen wird es zu einem Verdrängungswettbewerb kommen. Das alles nur weil ein Investor Chancen sieht und zwei Parteien aus unerfindlichen Gründen mitziehen. Und was hat das mit dem Landkreis Göttingen zu tun?

Dieser Supermöbelmarkt tritt nicht nur in eine Konkurrenz mit den Möbelmärkten und Geschäften in der Stadt Göttingen. Er ist vor allem eine Konkurrenz für die Möbelmärkte in der Region. Das Innenstadtrelevante



Randsortiment schwächt zudem die Kaufkraft welche die Innenstädte der Mittelzentren erreicht. Dabei ist insbesondere an Duderstadt und Hann. Münden zu denken. Die Beteuerungen die man allenthalben hört, dass dies nicht geschehen würde, die Wege wären zu weit, die Menschen würden dort nicht einkaufen, sind im besten Sinne falsch und im schlechtesten Sinne gelogen. Wer an diese Beteuerungen glaubt, der sollte sich die Nummernschilder auf dem Parkplatz des Kaufparks ansehen: Ein bunter Strauß an Menschen aus dem Landkreis. Dieser Beschluss des Göttinger Stadtrates geht uns alle an! Er kostet unseren Innenstädten Kaufkraft und das senkt ihre Attraktivität.

Wir werden alles tun um diesen Elendsbeschluss noch zu verhindern. ●

Zuschuss für die Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939 bis 1945“ – ein Dauerkonflikt

Die Geschichtswerkstätten Göttingen und Duderstadt hatten eine Ausstellung zum Thema „Zwangsarbeit in Südniedersachsen“ erstellt. Die Ausstellung sollte nicht in irgendwelchen Archiven und Kellern verschwinden, sondern in eine Dauerausstellung umgewandelt werden. Die Geschichtswerkstätten haben sich deshalb in den letzten Jahren um angemessene Räume für die Ausstellung und eine pädagogische Betreuung der Ausstellung bemüht. Der Landkreis Göttingen hat es durch einen Umbau in BBS II - Göttingen ermöglicht, dass die Ausstellung jetzt in der Schule ständig gezeigt werden kann. Die Sachkosten der Ausstellungsräume werden vom Landkreis Göttingen getragen.

Seit 2015 haben die Geschichtswerkstätten Erfahrungen bei der Betreuung der Ausstellung gesammelt. Hierbei ist deutlich geworden, dass ohne eine hauptamtliche, kontinuierliche Betreuung die notwendige Arbeit nicht zu leisten ist. Die Öffnung der Ausstellung, Durchführung eines Bildungsprogrammes, Sonderveranstaltungen und die wichtige Öffentlichkeitsarbeit sind auf ehrenamtlicher Basis nicht leistbar.

Die Bemühungen, kontinuierlich Personalkosten über andere Zuschussgeber zu finanzieren, waren leider nicht erfolgreich.

Die Ausstellung und der Ort sollte aus unserer Sicht ein aktiver Teil in der Kultur gegen Rechts in der Stadt Göttingen und der Region Südniedersachsen werden. Gerade in den letzten Monaten haben die Aktivitäten des sog. „Freundeskreises Thüringen/Niedersachsen“ bzw. der NPĐ deutlich gemacht, daß alle demokratischen Kräfte gefordert sind, wenn

gegen Flüchtlinge und Ausländer/innen gehetzt wird. Das aktive Erinnern an die Geschichte von Zwangsarbeit ist ein Teil des Widerstandes gegen neues und altes rechtes Gedankengut.

Unsere Gruppe hat deshalb für die Haushalte 2017 und 2018 jeweils einen Zuschuss in Höhe von 12.500 Euro als Förderung für die Geschichtswerkstätten für die Zwangsarbeiterausstellung beantragt. Die Zuschüsse sind für beide Jahre von den anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Die Linke, Piraten und Die PARTEI im Rat der Stadt Göttingen haben einen vergleichbaren Antrag in diesem Jahre gestellt. ●



An der Berufsbildenden Schule II, Göttingen wird ein „Lernort für Erinnerung und Demokratie“ für alle Schulen im Landkreis Göttingen geschaffen, so lautet ein Antrag unserer Gruppe. Zusammenarbeit mit Stadt Göttingen sollte angestrebt werden.

Lernort für Erinnerung und Demokratie

Die Konzepterstellung soll in Verbindung mit der BBS II, den Geschichtswerkstätten in Göttingen und Duderstadt, der Partnerschaft

für Demokratie im Landkreis Göttingen erfolgen. Die Ergebnisse sollen im Jugendhilfeausschuss sowie dem Schulausschuss vorgestellt und weiter beraten werden. Im Landkreis Göttingen gibt es unterschiedliche Orte, an denen an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert wird. In der Regel sind es Tafeln, Stolpersteine oder Gedenksteine. Durch die Ausstellung „Zwangsarbeit in Südniedersachsen“ gibt es einen Ort, an dem sich intensiv mit der Entstehung, den politischen Ursachen und dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt werden kann. Durch die Ausstellung, Materialien, Angebot von Führungen ist eine Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte möglich. Was an diesem Ort fehlt, ist die Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen. In den letzten Monaten sind neue und alte rechte Bewegungen, z.B. „Volkabewegung Thüringen/Niedersachsen“, NPD, AfD, rechte Kameradschaften usw. in unserer Region besonders aktiv.

Eine besondere Zielgruppe der rechten Gruppierungen sind junge Menschen - Schüler/innen. An dem Lernort soll vermittelt werden, welches hohe Gut unser demokratisches Gemeinwesen ist und wie hierfür täglich eingestanden werden muss.

Die Ergänzung der Ausstellung zur Zwangsarbeit um einen Lernort für Demokratie ist von den anderen Fraktionen leider abgelehnt worden. ●

Wir wollen zukünftig gemeinsam mit den Bürger/innen einen Haushalt aufstellen. Ziel eines Bürgerhaushaltes ist die Einbeziehung des Sachverstandes der Bürgerinnen und Bürger in die Finanzplanung des Landkreises. Menschen vor Ort sehen bestimmte Sachverhalte möglicherweise anders als Verwaltungen und Kreistagsmitglieder. Finanzielle Mittel des Landkreises sollen effektiver eingesetzt werden, hierbei können die Einwohner helfen. Möglicherweise sehen die Einwohner/innen auch andere Ausgabenschwerpunkte.

Bürgerhaushalt 2019 - Im nächsten Jahr soll es anders laufen

Grundlage einer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist, dass der Haushaltsplan verständlich

aufgearbeitet wird. Derzeit ist der Haushaltsplan nicht nur für „Normalbürger/innen“ unverständlich. Der Haushaltsvorschlag der Verwaltung sollte in einer verständlichen Form auf der Homepage präsentiert werden.

Bei der Aufstellung des Haushaltes 2019 soll der Kreistag nicht nur über die Vorschläge der Verwaltung und der Fraktionen entscheiden, sondern auch über die Ideen der Einwohner/innen. Über diesen Antrag unserer Gruppe wird der Kreistag in seiner Sitzung am 20.12.2017 zum ersten Mal diskutieren. ●



Anfang 2017 stellten wir den Antrag, 50 Flüchtlinge aus Griechenland zusätzlich zum Kontingent im Landkreis aufzunehmen. Dieser Antrag sollte es ermöglichen, demonstrative Humanität Menschlichkeit zu zeigen. Geflüchtete erfrieren in diesen Tagen in Lagern in Griechenland - immer noch. Ein heftiger Wintereinbruch mit Minusgraden führt zu unvorstellbaren Verhältnissen für die festsitzenden Flüchtlinge in den überfüllten Camps, besonders auf den Inseln Samos, Chios und Lesbos, darunter viele Kinder und andere besonders schutzbedürftige Personen. Die Stromversorgung und Gasversorgung bricht an einigen Stellen zusammen. Gleichzeitig wird in etlichen Camps gehungert. Die Lage für die Menschen in den griechischen Lagern ist verheerend. Schnelle und unbürokratische Hilfe ist nötig. Griechenland befindet sich in einer schlimmen Krise und kann die Not der Flüchtlinge nicht alleine lösen. Deshalb sollen Flüchtlinge von dort umgehend in unseren Landkreis geholt werden.

Im September 2015 hat die EU-Kommission die Relocation von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien innerhalb von zwei Jahren beschlossen. Deutschland hatte zugesichert insgesamt 27.500 Geflüchtete aus Griechenland und Italien bis Sommer 2017 aufzunehmen. Bislang hat Deutschland aber lediglich wenige Prozent der zugesagten Flüchtlinge aufgenommen. Im Sommer waren das konkret knapp 1.100 Asylsuchende.

Der Grund für die geringe Zahl ist die Weigerung des Kanzleramts und des Innenministeriums, adäquate monatliche Aufnahmequoten an Griechenland und Italien zu melden. In den monatlichen Berichten der EU-Kommission wird Deutschland regelmäßig dafür kritisiert.

50 Überlebende aus Kriegsgebieten aufnehmen! Es gibt keinen falschen Zeitpunkt für Humanität.

Selbstorganisierte Geflüchtete, Initiativen von UnterstützerInnen aus dem Wendland, aus Essen, Osnabrück, Wuppertal, Mannheim, Neustadt an der Weinstraße und anderen deutschen Städten sehen schon seit längerer Zeit diesem Zustand nicht mehr tatenlos zu. Sie rufen zur Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland auf und fordern Kommunen, Landes- und Bundesregierung auf, sich bereit zu erklären, diesen einen sichereren Aufenthaltsort zu ermöglichen. In Spanien haben Barcelona und andere Städte die Aufnahme von Flüchtlingen angeboten. Wir verweisen auf einen Ratsbeschluss aus dem Sommer in Osnabrück, in dem mit großer Mehrheit die Aufnahme von 50 Flüchtlingen aus Idomeni beschlossen wurde.

Wir im Landkreis können - wie viele europäische Kommunen - durch die Bereitstellung von Plätzen zeigen, dass das Programm endlich auch in Deutschland umgesetzt werden muss. So wie in Finnland, Schweden und Luxemburg.

Es kann keinen falschen Zeitpunkt für einen solchen Antrag geben, wie es die Mehrheitsgruppe behauptete .Nur einen falschen Zeitpunkt den Antrag abzulehnen, was die Mehrheit des Kreistages dann auch tat. ●

